



Dringlicher Antrag der Grünen-ALG

eingbracht in der Gemeinderatssitzung vom 26. März 2015

von

GRⁱⁿ Mag.^a Astrid Polz-Watzenig

Betrifft: Qualitätssicherung im Bereich der Kinderbetreuung

Der städtische Kindergarten der Max-Mell-Allee wird Ende 2015/2016 geschlossen werden, was wir bereits im Gemeinderat mehrfach thematisiert haben. Der städtische Kindergarten Krausgasse wird bereits Ende dieses Betreuungsjahres – also im heurigen Juli - geschlossen werden. Auch der städtische Kindergarten in der Josef-Huber-Gasse wird einem privaten Betreiber, nämlich den Kinderfreunden übergeben. Neben den äußerst unangenehmen Konsequenzen für die Kinder und deren Eltern sowie die beschäftigten PädagogInnen finden wir diese Entwicklung insgesamt problematisch.

Auf der Homepage der Stadt Graz ist zu lesen:

- In der Stadt Graz stehen Ihnen als Eltern insgesamt **46 städtische Kindergärten** für fast 3.000 Kinder zwischen 3 und 6 Jahren zur Verfügung. In einigen Einrichtungen gibt es **Integrationsgruppen** und mit dem **Heilpädagogischen Kindergarten** Panoramagasse und dem Sonderhort Rosenhain bietet die Stadt zwei Einrichtungen, die speziell auf Kinder mit besonderen Bedürfnissen ausgerichtet sind.
- Außerdem können Sie noch das Angebot von **84 weiteren privaten Kindergärten** in Anspruch nehmen. **66 davon sind im städtischen Tarifsysteem.**

Innerhalb der 46 städtischen Kindergärten sind auch die drei oben genannten angeführt weshalb wir von nur noch 43 verfügbaren städtischen Kindergärten sprechen können. Das heißt dass zwei Drittel der Kinderbetreuung in Graz inzwischen von privaten Anbietern übernommen wird und mit der Schließung oben genannter Einrichtungen nur noch 33 % städtische Kindergärten zur Verfügung stehen.

Die über die Jahre getroffenen Einzelentscheidungen – also Schließungen von städtischen Kindergärten und Übertragung an private Träger – führen in Summe dazu, dass sich die Stadt Schritt für Schritt als Anbieterin aus der Kinderbetreuung zurückzieht. Die aus unserer Sicht wichtige Balance zwischen privaten und städtischen Kinderbetreuungs- und bildungseinrichtungen gerät so immer mehr aus der Balance.

Es ist hoch an der Zeit, dass sich die Stadt Graz grundsätzlich dazu bekennt, dass sie nicht nur für die Finanzierung der Kinderbetreuungs- und bildungseinrichtungen zuständig ist, sondern auch weiterhin Kindergärten und Kinderkrippen in einem entsprechenden Ausmaß selbst betreibt. Dies ist für die Qualitätssicherung in der Elementarpädagogik in einer von Diversität geprägten Gesellschaft unerlässlich. Weiters hat die Stadt Graz hier auch eine Verantwortung als Arbeitgeberin, in dem sie ein entsprechendes Gehaltsniveau garantiert, das der wichtigen Arbeit der KindergartenpädagogInnen angemessen ist.

Problematisch sehen wir auch die Art und Weise, wie Entscheidungen zur Schließung von städtischen Kindergärten in der Vergangenheit gefallen sind. Beim Kindergarten Krausgasse war es beispielsweise so, dass Eltern vor dem Sommer 2014 die Zusage für einen Platz erhielten, ihr Kind daraufhin anmeldeten und im Herbst 2014 - nach Start des Kindergartenjahres - dann die Information bekamen, dass die Betreuung nach einem Jahr enden würde, da der Kindergarten geschlossen werden müsse.

Für viele Eltern und Kinder brachte diese Vorgangsweise viel Verunsicherung mit sich, da sich die Eltern jetzt nach einem neuen Kindergartenplatz umsehen und die Kinder sich an eine neue Umgebung und an neue BetreuerInnen gewöhnen müssen. Im Sinne einer pädagogischen Qualitätssicherung sollte es aber möglich sein, dass Eltern die sich für einen Kindergarten entscheiden auch die Zusage erhalten, dass ihre Kinder dort bis zum Schuleintritt bleiben können.

Im Sinne des Motivenberichts stelle ich daher namens des Grünen Gemeinderatsklubs - ALG den

Dringlichen Antrag

- 1) Die Stadt Graz bekennt sich zur Wichtigkeit der langfristigen Absicherung städtischer Kinderbetreuungs- und bildungseinrichtungen und zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen städtischen und privaten AnbieterInnen.**

- 2) Der Gemeinderat der Stadt Graz beauftragt die Abteilung für Bildung und Integration ein Modell zu entwickeln, welches ermöglicht, dass Kinder bis zum Eintritt in die Schule in jenem städtischen Kindergarten bleiben können in dem sie aufgenommen wurden. Das entsprechende Ergebnis ist dem Bildungsausschuss unter Leitung von Stadtrat Kurt Hohensinner MBA zu präsentieren und in weiterer Folge von diesem zur Beschlussfassung im Gemeinderat bis Juli 2015 vorzulegen.**